

# Der Steuerzahler

Wirtschaftsmagazin

## Sondermagazin zur Staatsschuldenkrise in Europa



**Wir fordern  
vom Bundestag:**

**Stoppt das  
Geldverbrennen!**

**Der ESM:** Eine Bedrohung für Deutschland!

**Euroraum:** Zur Lage der Nationen

**Protestaktionen:** Jetzt sind Alternativen gefragt!



Karl Heinz Däke,  
Präsident des Bundes  
der Steuerzahler

Europa ist in den letzten 60 Jahren zu einer Union zusammengewachsen. Gerade die Bundesrepublik Deutschland hat von Europa profitiert. Dabei denke ich nicht nur an Wohlstand, sondern vor allem an Frieden und Freiheit.

Deutschland hat aber ebenso viel in Europa eingebracht. Es waren auch deutsche Politiker, die in der Vergangenheit mit Elan für die Europäische Idee gekämpft haben, und sie haben mit ihren europäischen Kollegen viel erreicht. Die offenen Grenzen gehören für uns zur Selbstverständlichkeit. Ebenso haben wir uns daran gewöhnt, in 17 europäischen Staaten mit einer gemeinsamen Währung bezahlen zu können. Doch gerade die Aufgabe der D-Mark für den EURO war mit wichtigen Versprechungen verbunden.

Zum Beispiel sollte kein Land für die Schulden eines anderen Landes haften. Dieses Versprechen war fundamental, denn es machte deutlich, wie wichtig in der Europäischen Union die Eigenverantwortlichkeit ist. Sie muss auch weiterhin eines der obersten Gebote für unsere Wertegemeinschaft in der Europäischen Union sein.

### Die Eigenverantwortlichkeit der Staaten gehört zum Fundament der europäischen Wertegemeinschaft.

Die aktuelle Staatsschuldenkrise verdeutlicht, dass viele Staaten in Europa, auch Deutschland, in der Vergangenheit über ihre Verhältnisse gelebt haben. Die wichtigen Stabilitätskriterien von Maastricht, wonach die Neuverschuldung nicht höher als 3 Prozent und die Gesamtverschuldung nicht höher als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sein dürfen, wurde seit 1999 genau 94-mal von den Staaten missachtet. Wohin diese falsche Haushaltspolitik führt, wird in Griechenland deutlich. Die Hellenen müssen in diesem Jahr mit einer Gesamtverschuldung von 198 Prozent und einer Neuverschuldung von 7 Prozent kämpfen.

Seit Mai 2010 ist das Land nur noch durch Rettungsmaßnahmen der Eurogruppe, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank zahlungsfähig. Eigentlich ist Griechenland pleite! Aber anstatt die richtigen Konsequenzen zu ziehen, legen die Regierungen der Währungsgruppe immer wieder neue Hilfsmaßnahmen auf. Zudem war Griechenland der erste fallende Stein in einer Dominoreihe, denn auch Irland und Portugal mussten unter den sogenannten Rettungsschirm. Spanien und Italien sehen sich ebenfalls mit den Konsequenzen einer Überschuldung konfrontiert.

Im Februar 2012 hat unser Karl-Bräuer-Institut eine Kurzstudie unter dem Titel „Unüberschaubare Haftung der europäischen Krisenpolitik“ veröffentlicht. Danach tragen die deutschen Steuerzahler einen Haftungsanteil von mehr als 320 Mrd. Euro.

Mit der Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM steigt nicht nur unser Haftungsanteil, sondern es ändern sich auch die Rahmenbedingungen unserer Wertegemeinschaft. Der ESM ist auf Dauer angelegt und entzieht weitgehend den nationalen Parlamenten entscheidende Budgetrechte. Auch deshalb ist der ESM eine Gefahr für Deutschland und eine Gefahr für die Eigenverantwortlichkeit der Europäischen Staaten. Wir fordern den Bundestag auf, den ESM abzulehnen. Zudem fordern wir von allen Europäischen Staaten eine eigenverantwortliche und nachhaltige Finanzpolitik. Europa muss raus aus den Schul-

den! Nur so werden wir zukünftig eine starke Europäische Union mit starken nationalen Staaten haben.

Mit diesem Sonderheft zeigen wir Ihnen unsere Positionen zur aktuellen politischen Lage der Europäischen Union auf. Klar und deutlich positionieren wir uns gegen den ESM. Gleichzeitig machen wir Vorschläge, wie aus unserer Sicht die Staatsschuldenkrise bewältigt werden kann.

Es lohnt sich, für Alternativen zu kämpfen, denn unsere Forderungen nach Schuldenbremsen und Gläubigerbeteiligung erfüllen sich. Vor diesem Hintergrund müssen wir weiter für ein Europa der Eigenverantwortung kämpfen. Zusammen mit der Initiative „Bündnis Bürgerwille“ sammeln wir Unterschriften für ein Umdenken in der aktuellen Politik der Regierungen in Europa und insbesondere der Bundesregierung. Machen auch Sie mit und kämpfen Sie mit uns gemeinsam.

Es lohnt sich, für Alternativen zu kämpfen, denn unsere Forderungen nach Schuldenbremsen und Gläubigerbeteiligung erfüllen sich. Vor diesem Hintergrund müssen wir weiter für ein Europa der Eigenverantwortung kämpfen. Zusammen mit der Initiative „Bündnis Bürgerwille“ sammeln wir Unterschriften für ein Umdenken in der aktuellen Politik der Regierungen in Europa und insbesondere der Bundesregierung. Machen auch Sie mit und kämpfen Sie mit uns gemeinsam.

Es grüßt Sie herzlichst

*Karl Heinz Däke*

# Der ESM bedroht Deutschland

Die Staatsschuldenkrise eskaliert. Ein weiteres „Rettungspaket für Griechenland“ wurde beschlossen, während zugleich der Bundesfinanzminister weitere Hilfen ankündigte. Doch jetzt steht sogar die finanzpolitische Souveränität Deutschlands auf dem Spiel. Grund ist der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM). Die Regierungen der Euro-Staaten haben den ESM-Vertrag schon unterschrieben. Aber noch ist der ESM nicht ratifiziert.

Europäischer Stabilitätsmechanismus klingt zu schön, um wahr zu sein. Tatsächlich ist eine Megabank geplant. Der ESM soll einspringen, wenn Staaten keine anderen Kreditgeber mehr finden. Alle Euro-Staaten sollen Mitglieder im ESM werden. Sie können dann ESM-Kredite beanspruchen, müssen aber auch kollektiv für die ESM-Verluste haften. Hier beginnt das Drama. Deutschland soll für 27,1 Prozent der Verluste haften. Damit tragen die deutschen Steuerzahler das größte Risiko. Die Haftungsanteile schwacher Euro-Staaten (z. B. Griechenland mit 2,8 Prozent) existieren nur auf dem Papier. Der ESM-Vertrag sieht daher vor, was passiert, wenn Staaten ihre ESM-Pflichten nicht erfüllen. Dann „ergeht an alle ESM-Mitglieder ein revidierter erhöhter Kapitalabruf“. Bei dem 27-prozentigen Haftungsanteil für Deutschland wird es also im Ernstfall nicht bleiben.

Den ESM-Vertrag haben die Regierungen der Euro-Staaten - von der Öffentlichkeit wenig beachtet - bereits am 2. 2012 unterschrieben. Jetzt sollen die Parlamente den Vertrag noch ratifizieren, damit der ESM Mitte 2012 bereitsteht.

## Fünf Gründe, warum der Bundestag den ESM nicht ratifizieren darf:

- 1 Der ESM ist auf Dauer angelegt. Es gibt kein Austrittsrecht für ESM-Mitgliedstaaten.
- 2 Im ESM-Gouverneursrat entscheiden die Finanzminister der ESM-Staaten. Das Königsrecht der Parlamente in Haushaltsfragen wird an die Regierungen abgetreten.
- 3 Das ESM-Haftungskapital beträgt zunächst 700 Milliarden Euro, kann aber unbegrenzt erhöht werden. Das ginge zwar nur mit der deutschen Stimme. Doch es ist unwahrscheinlich, dass der deutsche Finanzminister sein Veto einlegt, wenn wieder einmal der finanzpolitische Notstand beschworen wird.
- 4 Die ESM-Mitgliedstaaten sollen zunächst „nur“ 80 Milliarden Euro in den ESM bar einzahlen. Die deutschen Barzahlungen betragen also knapp 22 Milliarden Euro, die der Bundesfinanzminister über neue Kredite besorgen will. Doch bei Bedarf kann das ESM-Management das restliche Haftungskapital (bis zu 620 Milliarden Euro) bereits mit einfacher Mehrheit nachfordern. Dazu würde den „ESM-Mitgliedern eine angemessene Frist für dessen Einzahlung“ gesetzt.
- 5 Die Schadensbeteiligungspflichten privater Gläubiger sind viel zu vage. In der ESM-Präambel ist lediglich von einer Beteiligung in „Ausnahmefällen“ die Rede.

**Fazit:** Der ESM ist die Fortsetzung der bisherigen Schuldenpolitik mit unbegrenzten Kreditmitteln. Statt temporären „Rettungsschirmen“ ist nun eine Kreditmaschine für die Ewigkeit geplant. Im Maschinenraum sollen vor allem die deutschen Steuerzahler stehen. Eine Arbeitsniederlegung ist vertraglich ausgeschlossen. Solch eine Knebelung dürfen die Bundestagsabgeordneten nicht zulassen. Der Deutsche Bundestag darf den ESM-Vertrag nicht ratifizieren.

## Alternativen zum ESM

Die Lösung der Staatsschuldenkrise wird in jedem Fall teuer. Doch der ESM führt zu dauerhaften Risiken. Besser ist es, jetzt eine Therapie vorzunehmen. Dazu müssen Länder wie Griechenland und gegebenenfalls Portugal die Euro-Zone verlassen, um über Wechselkursabwertungen neue Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen. Die Banken müssen in Umschuldungsverhandlungen zu einem größeren Forderungsverzicht gegenüber klammen Euro-Staaten gebracht werden. Und wie strauchelnde Banken dann mit Hilfe des IWF abgefangen werden können, zeigen die Beispiele Russland (1998) und Island (2008). Beide Länder haben ihre massiven Banken Krisen überwunden. Die Wirtschaft wächst, die Staatsschulden sinken. Ohne ESM. Gleichzeitig muss langfristig ein geordnetes Insolvenzverfahren für Staaten etabliert werden. Auch hier existieren längst Vorschläge des IWF und anderer.

# Zur Lage der Nationen

## Wie steht es um die Finanzen der PIIGS-Staaten?

Die griechische Tragödie ist inzwischen allen bekannt. Aber wie ist die Lage in den anderen Krisenstaaten? Wir geben einen Überblick:

Als der Präsident des Bundes der Steuerzahler kürzlich einen Gastkommentar zur Schuldenkrise für das Nachrichtenportal Bloomberg schrieb, meldete sich unter anderem



ein portugiesischer Ökonom beim BdSt. Richtig sei unsere Analyse. Doch inzwischen seien bloße Haushaltseinsparungen zu wenig. Die Euro-Einführung habe die Wettbewerbsfähigkeit der portugiesischen Wirtschaft nachhaltig beschädigt. Nur ein Euro-Austritt und ein Schuldenschnitt würden Portugal wieder auf die Füße helfen. Ein bitteres Plädoyer eines Insiders für eine bittere Medizin, die aber wohl unvermeidlich ist.

Und tatsächlich: Der Internationale Währungsfonds (IWF) konstatiert, dass das portugiesische Reformprogramm im vergangenen Jahr nicht wie erhofft vorangekommen ist. Eine zu laxen Ausgabenkontrolle und unterplanmäßige Privatisierungserlöse haben zu einem übermäßigen Staatsdefizit geführt. Dass die Zielvorgabe (knapp 6 Prozent des BIP) dennoch erreicht wurde, liegt an einem Statistiktrick, den die Regierung auch gar nicht verheimlicht. Um auf dem Papier die Staatseinnahmen zu erhöhen, wurden nämlich die Pensionsfonds der portugiesischen Banken in das dortige Sozialversicherungssystem überführt! Auch sonst sind die Aussichten düster. Der Staat ist mit 111 Prozent des BIP verschuldet. Die portugiesische Wirtschaft wird in diesem Jahr um real 3 Prozent schrumpfen. Investitionen fließen eher aus statt nach Portugal. Die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen ist weiterhin gering. Für mehr Wettbewerbsfähigkeit braucht Portugal nach Ansicht des IWF vieles, etwa ein leistungsfähiges Gerichtswesen, ein Aufbrechen monopolistischer Strukturen wie im Telekommunikations- oder Energiesektor und vor allem Arbeitsmarktreformen. Ein rigider Kündigungsschutz, ein relativ hoher Mindestlohn und Flächentarifverträge haben nämlich in Portugal zu einem Arbeitskostenniveau geführt, das das Land daran hindert, wieder wettbewerbsfähig zu werden und auch über den Außen-

handel spürbar zu wachsen. Kein Wunder also, dass die Rufe nach einem EU-Austritt Portugals lauter werden. Dann wäre durch Wechselkursabwertungen eben jener Kostenvorteil zu erlangen, der Portugal zu neuem Wirtschaftswachstum verhelfen kann.

### Spanien meint es ernst

Erst über 98 Prozent Zustimmung im Parlament und dann ein Staatsakt in Anwesenheit des Königs – Spanien meinte es im September 2011 mit der Einführung einer Schuldenbremse in die Verfassung plötzlich sehr ernst.



98 Prozent!? Wir erinnern uns: Als der Deutsche Bundestag im Mai 2009 die vom BdSt mit erkämpfte Schuldenbremse für das Grundgesetz beschloss, wurde die nötige Zweidrittel-Mehrheit nur knapp erreicht.

Artikel 135 der spanischen Verfassung

verpflichtet den Staat nun tatsächlich explizit zur „Budgetstabilität“ und sieht dazu eine weitgehende Begrenzung des strukturellen Staatsdefizits ab dem Jahr 2020 vor. Die Haushaltsdefizite der spanischen Zentralregierung sollen dann höchstens 0,26 Prozent, die der Regionen höchstens 0,14 Prozent des BIP betragen. Die Ähnlichkeiten mit der deutschen Schuldenbremse (0,35 Prozent für den Bund ab 2016, 0,00 Prozent für die Länder ab 2020) sind unübersehbar. Die Ähnlichkeiten bei den Ausnahmeregelungen sind es auch – bei Naturkatastrophen und Notfällen außerhalb der staatlichen Kontrolle sind Kreditaufnahmen weiterhin erlaubt.

So weit, so gut. Doch bis 2020 ist es noch ein weiter Weg. Und der Zustand der Wirtschaft und der Staatsfinanzen lassen Zweifel aufkommen, dass dies ein Selbstläufer wird. Bis 2015 will Spanien erst einmal sein Staatsdefizit auf 3 Prozent des BIP drücken. Aber wie das konkret gelingen soll, hat die Regierung noch nicht verraten, monierte jüngst die OECD. 2015 ist übrigens auch das Jahr, in dem das spanische Parlament entscheiden will, ob die spanische Schuldenbremse wirklich in der jetzigen Schärfe gelten soll.

### Noch viel zu tun in Italien

In Italien hat der angesehene Ökonom und Ex-EU-Kommissar Mario Monti nicht nur das Amt des Ministerpräsidenten übernommen, sondern ist gleichzeitig Finanzminister geworden. Das ist auch gut so, denn die Lage der italienischen Staatsfinanzen ist ernst.

In diesem Jahr wird die Staatsschuldenquote 120,5 Prozent des BIP erreichen. Abgesehen von Griechenland ist kein EU-Staat so stark verschuldet. Und da fast die Hälfte der knapp 2 Billionen Euro Staatsschulden von ausländischen Gläubigern finanziert wird, ist selbst das große Italien in den Strudel der internationalen Staatsschuldenkrise geraten. Monti & Co wollen jetzt gegensteuern. Das ist nach Jahren schwachen Wirtschaftswachstums und fallender Wettbewerbsfähigkeit dringend nötig. Ende 2011 verabschiedete die Monti-Regierung ein 32 Milliarden Euro schweres Konsolidierungspaket für dieses Jahr. Hier machte es sich die Regierung relativ leicht. 26 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen sollen zur Konsolidierung

beitragen. Vor allem die Grundsteuer, aber auch die Mehrwertsteuer wurden angehoben. Doch die Regierung spart auch bei den Ausgaben; immerhin 2,5



Milliarden Euro bei den Pensionen und knapp 3 Milliarden Euro an Zuschüssen für die Regionen. Zudem wirken bereits der für die Jahre 2011-2013 geltende staatliche Einstellungsstopp und das Einfrieren der Gehälter der Staatsdiener. Diese Resultate können sich sehen lassen. Doch langfristig kommt Italien nur dann von seinen Schulden herunter, wenn die Politik weniger reguliert und subventioniert, damit die Wirtschaft wieder stärker wachsen kann. Und zwar nicht nur die Schwarzarbeit, die in Italien noch immer ein großes Problem ist. Ein flexibleres Arbeitsrecht, produktivitätsorientierte Lohnabschlüsse, Steuerentlastungen für Arbeitseinkommen, weniger Bürokratie bei Unternehmensgründungen – all das sind Reformnotwendigkeiten, die eigentlich unbestritten sind. Herr Monti, übernehmen Sie!

### Irland kann es schaffen

Als kürzlich eine Delegation irischer Abgeordneter den Bund der Steuerzahler in Berlin besuchte, wurde schnell klar: Ja, Irland kann es schaffen, sich aus der Schuldenkrise zu befreien. Und ja, die Krisenursache liegt im irischen Bauboom. „Bis zu 100.000 Wohnungen haben wir in unserem kleinen Irland pro Jahr gebaut“, beklagte selbstkritisch ein Abgeordneter. Zum Vergleich: In Deutschland mit 20-mal mehr Einwohnern als in Irland werden jährlich nur rund 200.000 Wohnungen gebaut. An den Folgen die-

ser innenpolitisch forcierten und vor allem aus dem Ausland finanzierten Immobilienblase leidet Irland bis heute. Die Wirtschaft muss sich neu strukturieren, weg vom überdimensionierten Bau- und Bankensektor. Die irischen Staatsfinanzen, lange Zeit abhängig von eben jenem Bau- und Bankensektor und durch Bankenrettungspakete endgültig überstrapaziert, müssen sich neu ordnen. In diesem Jahr wird die irische Staatsschuldenquote mit 117 Prozent des BIP einen traurigen Höhepunkt erreichen. 117 Prozent sind fast das Fünffache im Vergleich zu 2007, als die Schuldenquote bei nur 25 Prozent lag! Mit 8,6 Prozent des BIP ist das diesjährige Haushaltsloch Irlands sogar größer als das griechische. Aber es gibt entscheidende Unterschiede, die für Irland hoffen lassen. Irland hat eine starke Exportwirtschaft. Es verkauft – bei einer Importquote von 85 Prozent – Waren und Dienstleistungen im Wert von brutto über 100 Prozent seines BIP ins Ausland – Griechenland nur 20 Prozent. Irland hat also etwas anzubieten, um seine Schulden abzutragen. Und die irischen Standortvorteile sind noch im-



mer da – eine gut ausgebildete Arbeitnehmerschaft, ein attraktives Steuerrecht, wenig Bürokratie. Kein Wunder also, dass die ausländischen Direktinvestitionen weiter eher nach Irland als nach Griechenland fließen. Der Staat selbst setzt bei der Konsolidierung zwar auch auf Einnahmeverbesserungen, aber vor allem auf Ausgabenenkungen. Irland spart nicht nur relativ, sondern auch absolut. Der Staatshaushalt ist in diesem Jahr kleiner als im Vorjahr!! Die Hoffnung ist also nicht nur irisch-grün, sondern auch begründet. 2015 will Irland wieder ein Maastricht-konformes Haushaltsdefizit von unter 3 Prozent erreichen.

# Jenseits der „Alternativlosigkeit“

## Protestaktionen des BdSt zeigen Wirkung

„Diese Maßnahmen sind alternativlos!“ Mit dieser Beschreibung verabschieden die europäischen Regierungen seit Ausbruch der Staatsschuldenkrise Hilfepakete und Rettungsfonds. Auf eilig einberufenen EU-Gipfeln werden immer wieder neue Rettungsmaßnahmen auf Kosten der Steuerzahler beschlossen.

Doch diese Maßnahmen sind alles andere als alternativlos. Deshalb hat der BdSt im Herbst 2011 eine Protestaktion gegen die Krisenpolitik insbesondere der Bundesregierung gestartet. Über 20.000 Mitglieder des Bundes der Steuerzahler haben in kurzer Zeit unsere Aktion unterstützt, indem sie uns ihre Protestkarten gegen die Europapolitik der Bundesregierung zugeschickt haben. Jeden Tag kamen hunderte Protestkarten in unserer Geschäftsstelle an. Zusätzlich erreichten uns zahlreiche E-Mails und Protestfaxe. Dank dieses Einsatzes unserer Mitglieder und zahlreicher Bürger gewann die Protestaktion an Fahrt. Der Präsident des BdSt, Dr. Karl Heinz Däke, übergab schließlich vor dem Reichstagsgebäude dem CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willisch stellvertretend für alle Bundestagsab-

geordneten über 20.000 Protestschreiben. Damit haben wir wie kein anderer Verband die Unzufriedenheit der Steuerzahler mit dem Kurs der Bundesregierung visualisiert. Diese Aktion war auch wichtig, weil wir damit den Abgeordneten den Rücken gestärkt haben, die sich kritisch zur Politik der Bundesregierung geäußert haben.

### Unser Protest war für jeden Politiker sichtbar

Neben der Protestkartenaktion haben wir in Berlin unsere Forderungen für jeden Politiker auch sichtbar gemacht. Schon von weitem konnte unser vier Meter hohes Protestplakat im Torbogen unserer Berliner Geschäftsstelle in der Französischen Straße wahrgenommen werden. Hierauf haben wir nicht nur unsere Kernforderung abgedruckt, sondern auch die Haftungsrisiken für den einzelnen Steuerzahler deutlich aufgezeigt. Darüber hat nicht nur die Presse berichtet. Viel wichtiger war, dass an diesem Plakat das halbe Bundeskabinett und viele Bundestagsabgeordnete täglich vorbeifahren mussten. Mit Sicherheit haben sie sich über die vorgeschla-

gen Alternativen geärgert, denn damit ging ihre Strategie der angeblich alternativen Politik nicht auf.

### Protestmobile durch das Regierungsviertel

Zudem erregten die BdSt-Protestmobile, die zum Zeitpunkt einer wichtigen Bundestagsdebatte in einer Dauerschleife durch das Regierungsviertel fuhren, Aufmerksamkeit. Die großen Plakatwagen machten die Botschaft der Steuerzahler für die Politik unmissverständlich klar. Rechtzeitig zur Abstimmung über die Aufstockung des Euro-Rettungsfonds hat der BdSt nochmals eine deutliche Warnung an den Deutschen Bundestag gerichtet. Dafür wurden auf Berlins Straßen rund um den Reichstag Stempel mit der Aufforderung „Stimmen Sie für einen Schuldenstopp und gegen eine Haftungsunion!“ gesprayt. Insgesamt haben wir nichts unversucht gelassen, um für unsere Vorschläge zu kämpfen. Nicht ohne Erfolg, denn drei unserer Kernforderungen wurden von der Politik im Sinne der Steuerzahler aufgegriffen. Unser gemeinsamer Protest war deshalb nicht nur erfolgreich, sondern auch notwendig.

Der BdSt hat in seiner bisherigen Protestaktion drei Kernforderungen erhoben. Wie ist die derzeitige Zwischenbilanz?

### 1 BdSt-Forderung: Schuldenschnitt

Länder wie Griechenland sind überschuldet. Wer seine fälligen Kredite nicht zurückzahlen kann, wird Ersatzkredite der Staatengemeinschaft später auch nicht tilgen können. Deswegen müssen sich marode Euro-Staaten mit ihren Gläubigern an einen Tisch setzen und Umschuldungsverhandlungen führen. Institutionen, wie zum Beispiel der IWF, können bei den Umschuldungsverhandlungen den Rahmen vorgeben und assistieren.

### BdSt-Erfolg: Griechischer Schuldenschnitt

Nach zähen Verhandlungen wurde kürzlich beschlossen, dass die Banken auf über die Hälfte ihrer Forderungen aus griechischen Staatsanleihen verzichten müssen. Damit ist eine BdSt-Forderung bereits erfüllt. Allerdings hätte die Beteiligung der privaten Gläubiger durchaus auch höher ausfallen dürfen. Denn schließlich haben die Banken bereits einen erheblichen Teil ihrer Risikopositionen über den öffentlichen Sektor, also über die Europäische Zentralbank und über die Rettungspakete, entsorgen können.

### 2 BdSt-Forderung: Wettbewerbsstärkung/Euro-Austritt

Der BdSt hat von Anfang an klar gemacht, dass Schulden nicht verschwinden, wenn neue Kreditinstrumente geschaffen werden. Zur Tilgung von Staatsschulden braucht es wettbewerbsfähige Volkswirtschaften. Wer nicht die Kraft zu entsprechenden Wirtschaftsreformen hat, muss durch den Austritt aus der Euro-Zone und dann mit Wechselkursanpassungen seinen Export ankurbeln.

### BdSt-Erfolg: Drastische Reformprogramme/Diskussion über griechischen Euro-Austritt

In allen Krisenstaaten sind inzwischen einschneidende Reformprogramme beschlossen worden. Allerdings ist deren volle Umsetzung noch fraglich. Für Griechenland kommt das alles vermutlich zu

spät. Hier wird jetzt konsequenterweise über einen Austritt aus der Euro-Zone diskutiert. Den Hellenen muss in der Tat die Austrittsoption eingeräumt werden. Diese Option galt innerhalb der Politik lange Zeit als Tabu. Doch mittlerweile hat sich auch in diesem Punkt das politische Berlin bewegt. Nunmehr rät sogar Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich den Griechen, die Euro-Zone zu verlassen. Dem stimmen zahlreiche Bundestagsabgeordnete zu. Führende Wirtschaftswissenschaftler bestätigen diese Auffassung. Prof. Hans-Werner Sinn (Präsident des Ifo-Instituts), Prof. Wolfgang Gerke (Präsident Bayerisches Finanzzentrum) oder Prof. Bernd Lucke (Universität Hamburg) fordern ebenfalls nicht nur einen Austritt, sondern auch ein Ende dieser Hilfsaktion für Griechenland. Insofern wirbt der Bund der Steuerzahler auf breiter Basis für einen Politikwechsel.

### 3 BdSt-Forderung: Europäische Schuldenbremse in allen Mitgliedstaaten

Die Staatsschuldenkrise kann nur überwunden werden, wenn die Euro-Staaten zu strukturellen Reformen und konsequenter Haushaltskonsolidierung bereit sind. Jedes Land muss sich den eigenen Herausforderungen stellen.

### BdSt-Erfolg: Schuldenbremse

Die Staats- und Regierungschefs von 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten haben kürzlich beschlossen, nationale Schuldenbremsen einzuführen. In das nationale Recht müssen „verbindliche und dauerhafte Regelungen, möglichst auf Verfassungsebene“ geschrieben werden, die einen ausgeglichenen Staatshaushalt zum Ziel haben. Die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof sollen die Einhaltung überwachen. Im Ernstfall sind Klagen und Strafzahlungen vorgesehen.

Damit war die BdSt-Protestaktion bereits in wichtigen Bereichen erfolgreich. Doch all das darf nicht auf's Spiel gesetzt werden, indem nun ein dauerhafter „Rettungsschirm“ namens ESM alle bisherigen Reformanstrengungen zum Erlahmen bringt, weil unbegrenzte Kreditsummen locken. Deshalb fordern wir den Bundestag mit Nachdruck auf, den ESM abzulehnen!



Die Präsentation der Protestaktion durch BdSt-Präsident Dr. Karl Heinz Däke im September vergangenen Jahres fand bei den Medien regen Zuspruch.



Dr. Karl Heinz Däke übergab die gesammelten Protest-Unterschriften gegen die Haftungsunion an den Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willisch (CDU).

# Jede Stimme zählt

## Gemeinsamer Protest gegen den ESM

Lange Zeit schien es, als ob die Bundesregierung mit ihrer „Alternativlos“-Strategie erfolgreich wäre. Doch dieser Konsens ist jetzt weg. Denn kein geringerer als der Bundesinnenminister warb kürzlich – und bis dato undenkbar – öffentlich für den Euro-Austritt Griechenlands.

**A**ber nicht nur bei Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich, der bis zu seinem Wechsel auf die Regierungsbank immerhin der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag war, wächst das Unbehagen mit der Krisenpolitik. Der Unmut seiner Abgeordneten-Kollegen, immer wieder zum Abnicken neuer und immer größerer Rettungspakete gedrängt zu werden, steigt ebenfalls.

Diese Dynamik gilt es jetzt zu nutzen, wenn demnächst die Ratifizierung des ESM-Vertrages im Bundestag ansteht.

Es ist zwar gut möglich, dass auch hier am Ende die Nibelungentreue der Abgeordneten zur Regierung obsiegt. Dennoch sollten die Steuerzahler nichts unversucht lassen, die Abgeordneten zum Stopp des ESM, zum Stopp des letztlich „Endlosen Steuerzahler-Melkens“, aufzufordern.

### Bundestagsabgeordnete müssen Steuerzahler schützen

Es gilt jetzt, die Abgeordneten daran zu erinnern, dass sie zum Schutz der Bürger gewählt worden sind. Ohne Zweifel war die Anzahl der Abgeordneten, die vor einiger Zeit gegen den temporären EFSF gestimmt hatten, gering - aber dennoch war es ein Hoffnungsschimmer. Umso wichtiger ist es, jetzt diese mutigen Abgeordneten öffentlich zu unterstützen und neue Abgeordnete von der Ja-Sager-Front abzuwerben.

Der Bund der Steuerzahler wird dafür sein gesamtes politisches Gewicht einsetzen. Er wird in Hintergrundgesprächen und mit Schreiben des Präsidenten an alle Mitglieder des Bundestages vor den unabsehbaren Risiken des ESM warnen, um möglichst viele Abgeordnete davon zu überzeugen, den ESM-Vertrag abzulehnen. Gleichzeitig sind alle Bürgerinnen und Bürger gefragt, den BdSt-Protest zu unterstützen.

### BdSt-Musterschreiben an die Abgeordneten

Der Bund der Steuerzahler stellt Ihnen ein Protest-Musterschreiben zur Verfügung. Unterstützen Sie uns! Laden Sie sich ein ausführliches Protestschreiben von [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de) herunter und senden Sie es unterschrieben an die Abgeordneten Ihrer Region. Werben Sie bitte auch in Ihrem persönlichen Umfeld.

Für eine kritische Bilanz würden wir uns freuen, wenn Sie uns die Antwortschreiben der Abgeordneten zusenden - bitte an den BdSt Deutschland per E-Mail an [presse@steuerzahler.de](mailto:presse@steuerzahler.de), per Fax an 030-25939625 oder per Post an den Bund der Steuerzahler, Französische Straße 9-12, 10117 Berlin.

Diese Broschüre erscheint als Sondermagazin zu DER STEUERZAHLER, Ausgabe März 2012. Titel unter Verwendung eines Motivs von Danijela Nestic.

Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.  
Französische Straße 9-12  
10117 Berlin  
[www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de)  
[presse@steuerzahler.de](mailto:presse@steuerzahler.de)

### Überparteiliche Unterschriftensammlung



**Bund der Steuerzahler  
Deutschland e.V.**



**Bündnis Bürgerwille**

Gemeinsam mit dem „Bündnis Bürgerwille“ sammelt der Bund der Steuerzahler Unterschriften für einen Politikwechsel.

Das „Bündnis Bürgerwille“ ist eine überparteiliche Sammlungsbewegung von Bürgern und Organisationen, die der Euro-Rettungspolitik und der damit einhergehenden Entmündigung des Bundestages kritisch gegenüberstehen. Zu den Erstunterzeichnern gehören neben Dr. Däke viele namhafte Professoren, aber auch Unternehmer und engagierte Bürger.

Unterstützen Sie unsere Aktion im Internet mit Ihrer Unterschrift:  
[www.buendnis-buergerwille.de](http://www.buendnis-buergerwille.de) oder [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de)